

Avanti ²

Theoriebeilage

1. Mai 1933: Die
Kapitulation der
Gewerkschaften

ISO Rhein-Neckar

VORWÄRTS



UND NICHT(S) VERGESSEN!

INHALT

TITEL

- 01 GEWERKSCHAFTEN**
Vorwärts und nicht(s) vergessen?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Perspektiven der Proteste

SEITE DREI

- 03 GEWERKSCHAFTEN**
Vorwärts und nicht(s) vergessen?

KRIEG

- 04 OSTERMARSCH**
Kriegstreiber stoppen

- 05 UKRAINE-KRIEG**
Gewerkschaftliche Solidarität?

- 06 UKRAINE-KRIEG**
Unterdrückung von Gewerkschaften

- 06 UKRAINE-KRIEG**
Stalinistischer Kult?

TEUERUNG

- 07 PREISTREIBEREI**
Ohne Ende

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Ungebrochen solidarisch“ lautet mit Bezug auf eine „Welt [...] im Krisen-Dauermodus“ das DGB-Motto zum 1. Mai 2023.

In der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*² versuchen wir, *unser* Verständnis von Solidarität im gewerkschaftlichen Bereich und darüber hinaus zu beleuchten.

Wir erinnern deshalb gerne an das „Solidaritätslied“, wo es heißt:
„Vorwärts, und nicht vergessen
Die Frage an jeden gestellt
Willst Du hungern oder essen:
Wessen Morgen ist der Morgen?
Wessen Welt ist die Welt?“

Die Theoriebeilage enthält eine Analyse der gewerkschaftlichen Kapitulation am 1. Mai 1933.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Euch – nicht nur am 1. Mai 2023!

Eure Redaktion

*Titelbild: Gewerkschaftsdemo in Paris gegen die „Rentenreform“, 23. März 2023.
Foto: Martin Noda / Hans Lucas.*

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 08 ÖFFENTLICHER DIENST**
Einigung auf Reallohnabbau?

- 09 FRANKREICH**
Macrons Pyrrhussieg

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 LINKE OPPOSITION**
Spurensuche?

- 11 SEMINAR**
„Sozialpartnerschaft oder Gegenmacht“

- 11 KONFERENZ**
Ökologie und Sozialismus?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 ATOMKRAFT**
Welcher Ausstieg

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 1. MAI 1933**
Keine Kapitulation?

- 04 GEORG JUNGCLAS**
Eine Skizze

Frankreich Macrons permanenter Staatsstreich

M. G.

Nach der erwarteten Zustimmung des französischen Verfassungsrats zur Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 64 Jahre unterzeichnete Macron nur wenige Stunden später das Gesetz über die „Rentenreform“.

Beschleunigtes Verfahren für die „Debatte“ in der Nationalversammlung, Anwendung des Artikels 49.3 der autoritären Verfassung, gewaltsame polizeiliche Unterdrückung von Demonstrationen und mittlerweile tausende Festnahmen im ganzen Land – das ist Fakt.

Macron setzt auf den politischen Durchmarsch, obwohl seine Politik für mehr als 70 % der Bevölkerung mehr denn je illegitim ist.

Zudem darf nicht vergessen werden, dass Macron nur deshalb die letzten Präsidentschaftswahlen gewonnen hat, weil die Gegenkandidatin, die Faschistin Le Pen, von einer Mehrheit abgelehnt wurde. Seine Regierung verfügt über keine parlamentarische Mehrheit. Die Gefahr ist sehr real, dass Macrons Politik die faschistische Rechte auf parlamentarischer Ebene weiter stärkt.

Fakt ist aber auch, dass Millionen Menschen seit über drei Monaten streiken und demonstrieren. Nicht zuletzt aufgrund dieser außergewöhnlichen Massenbewegung ist für die Einheitsfront der französischen Gewerkschaften der Kampf um die Rücknahme des Rentengesetzes noch nicht vorbei.

Der 1. Mai soll ein großer Protesttag werden. Linke Verbände wie CGT oder SUD rufen weiterhin zu Streiks auf (Schienenverkehr, Müllabfuhr ...). Mehr als 60 % der Bevölkerung erwarten das sogar ausdrücklich von den Gewerkschaften.

Macron hat deshalb noch nicht wirklich gewonnen, und die Protestbewegung hat noch nicht verloren. Aus diesem Grund schlägt unsere Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei) vor, nicht auf den 1. Mai zu warten, sondern überall

weitere Aktionen durchzuführen.

Die NPA tritt außerdem dafür ein, so schnell als möglich eine Einheitsfront aller Organisationen der sozialen und politischen Linken – Gewerkschaften, Parteien, Vereine – aufzubauen und eine große landesweite Demo in Paris zu organisieren. ■



Protest in Paris gegen Macrons TV-Ansprache, 17. April 2023.

Vorwärts, und nicht(s) vergessen? Gewerkschaftliche Solidarität stärken

H. N.

„Vorwärts, und nicht vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nicht vergessen
Die Solidarität!“

Das berühmte „Solidaritätslied“ (Text von Bertolt Brecht, Musik von Hans Eisler) hat es schon 1931 auf den Punkt gebracht. Aber das Lied ist in weiten Kreisen nicht mehr bekannt. Vor allem spielt seine Kernbotschaft in der alltäglichen Gewerkschaftspolitik nach Jahrzehnten der neoliberalen Offensive in den Betrieben und in der Gesellschaft eine viel zu geringe Rolle.

Explodierender Reichtum bei den herrschenden 0,1 Prozent einerseits, zunehmende Massenverarmung andererseits, beschleunigte Klima- wie Naturzerstörung und dadurch zunehmende physische und psychische Gesundheitsgefährdungen, Kriegstreiberei und Aufrüstung, Stärkung menschenverachtender und faschistischer Tendenzen, Aushöhlung demokratischer Rechte, wuchernde Konzernmacht und immer mehr ungeschützte Arbeitsverhältnisse – das sind nur einige Stichworte zu aktuellen, bedrohlichen Entwicklungen.

Von diesen sind nicht zuletzt die Gewerkschaften betroffen – durch Entsolidarisierung und Spaltung der Beschäftigten, durch Tarifflicht, durch Mobbing von Betriebsräten und durch Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisationsmacht. Für jeden denkenden Menschen müsste es klar sein, dass das aggressive und überholte kapitalistische Wirtschaftssystem eine existenzielle Bedrohung für die Gewerkschaften ist.

Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Die jüngsten Warnstreiks bei der Post, im Verkehrsbereich und in vielen anderen Sektoren haben gezeigt: Nur wer kämpft, beweist Stärke. Die parallelen Aktionen von EVG und ver.di belegen: Gemeinsame Arbeitsniederlegungen machen unsere Klasse stärker und attraktiver. Es ist kein Zufall, dass ver.di in den letzten Wochen 70.000 neue Mitglieder gewonnen hat.

Nun hat die ver.di-Spitze mit der Einigung im Öffentlichen Dienst erneut einen Erzwingungsstreik zur Durchsetzung der eigenen Tarifforderungen vermieden.

Wir brauchen aber Gewerkschaften, die keine Angst vor Streiks haben, denn nur so kann unsere Gegenmacht gestärkt werden. Nur so können die anhaltenden Angriffe auf unsere Rechte, unsere Löhne und unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze erfolgreich abgewehrt werden.

Leben ist mehr wert als Profite!

Es gibt keine Lohn-Preisspirale, sondern eine Profit-Preisspirale. Mit Erdöl, Erdgas, Kohle und Lebensmitteln wird international spekuliert.

Statt dagegen vorzugehen, unterstützt die Politik der Bundesregierung dieses ungehemmte Treiben.



Ver.di-Warnstreik bei RNV Mannheim, 3. März 2023.

Wir alle spüren die Teuerung. Teuerung wird gemacht. Sie ist das Ergebnis der Preistreiberei von Konzernen, die Rekordgewinne verbuchen. Wir sind aber diejenigen, die mit unserer Arbeit den Laden am Laufen halten.

Einkommen an Inflation anpassen

Durch die Rekordinflation haben viele Beschäftigte trotz der letzten Tarifabschlüsse real weit weniger Geld in der Tasche als vorher. Von den Menschen ganz zu schweigen, die Renten oder Sozialeinkommen beziehen.

Wir brauchen deshalb Löhne, Renten und Sozialeinkommen, die wie in Belgien oder Luxemburg automatisch mit der Inflation steigen.

Gegen die anhaltenden Arbeitsplatzvernichtungen (KFZ-Industrie, Handel, Banken ...) hilft nur gemeinsamer betriebs-, branchen- und grenzüberschreitender Widerstand. Es gibt kein Recht auf Profitmaximierung, deshalb müssen wir ein Verbot von Entlassungen durchsetzen.

Solidarische Front aufbauen

In Frankreich haben die miteinander konkurrierenden Gewerkschaften im Kampf gegen die „Rentenreform“ eine Einheitsfront zustande gebracht. Worauf warten wir denn eigentlich in Deutschland?

Es ist auch hierzulande höchste Zeit für mehr gemeinsames gewerkschaftliches Handeln innerhalb und außerhalb der Betriebe. Es gilt, eine solidarische Front zusammen mit außerparlamentarischen sozialen, ökologischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Bewegungen aufzubauen. ■

Foto: helmuth-roos@web.de

Ostermarsch 2023 in Mannheim

Sofortiger Stopp des Ukraine-Kriegs!

K. S.

Das Motto des Mannheimer Bündnisses aus Friedensorganisationen, Gewerkschaften, DIDF, ISO und VVN-BdA lautete „Frieden - Gerechtigkeit - Solidarität - Klimaschutz. Friedenslogik statt Kriegslogik!“

Am 8. April 2023 beteiligten sich insgesamt rund 400 Menschen an der Demo in der Mannheimer Innenstadt. Eine kleinere Aktion folgte am 10. April mit dem Osterspaziergang am Coleman-Areal der US-Armee.

Der Bündnis-Aufruf hob hervor: „Jetzt braucht es eine Logik des Friedens aus Diplomatie statt Aufrüstung, zivilem Aufbau statt kriegerischer Zerstörung.“

Schon beim Auftakt auf dem Alten Meßplatz am Ostersonntag wurden deutliche Zeichen gegen Kriegstreiberei und Militarismus gesetzt. „Stoppt den Krieg! Krieg ist eine soziale und ökologische Katastrophe!“

Krieg als Mordgeschäft

Maximilian Heßlein, Wirtschafts- und Sozialpfarrer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, betonte in seiner Rede: „Von allem Anfang an nämlich ist die Friedensbewegung ja eine soziale Bewegung derjenigen, die von den Mächtigen in die Kriege geschickt werden, um dort für die zu kämpfen, die aus den Kriegen ihren Profit ziehen. Wir rufen aus: Nie wieder Krieg!“

Christoph Marischka, Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, sprach es offen aus: „Wer weiter Waffen für die Ukraine fordert, der setzt auf einen Sieg durch Abnutzung auf dem Rücken zehntausender, vermutlich hunderttausender Leichen – auch und vor allem: ukrainischer Leichen.“

Die Friedensbewegung dagegen führe mit ihrem Kampf gegen den Krieg zugleich einen Kampf ums Ganze: „Wir stehen hier in der Tradition einer Friedensbewegung, die schon lange gegen Kolonialismus und Imperialismus, gegen die Aufrüstung auch der Grenzen, gegen den Extraktivismus, die Privatisierung der Gewinne und Auslagerung der Risiken, gegen Nationalismus und Rassismus gekämpft hat, für internationale Solidarität und globale Gerechtigkeit, und wer uns versucht, in die rechte Ecke zu stellen, der tut das ganz offensichtlich ganz überwiegend mit böser Absicht.“

Anschließend zog die Demonstration über den Paradeplatz zu den Kapuzinerplanken.

Russischen Angriffskrieg beenden

Bei der Abschlusskundgebung auf den Kapuzinerplanken vertrat Ralf Heller, Vorsitzender des DGB Mannheim/Rhein-Neckar und Betriebsratsvorsitzender des Mannheimer Klinikums, die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den Überfall auf die Ukraine auf das Schärfste. [...]“

Wir fordern die russische Regierung auf, den Angriffskrieg

endlich zu beenden, ihre Truppen zurückzuziehen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.

Wir verurteilen alle Regierungen, die Unterdrückung, Gewalt und Folter als Mittel der Politik und Instrumente zur Sicherung ihrer Macht einsetzen!“

Rolle der Sozialen Verteidigung

Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund zeigte danach auf, welche wichtige Rolle Aktionen der Sozialen Verteidigung in der Ukraine spielen und wie der „Westen“ den 10-Punkte-Plan von Istanbul blockierte. „In der Geschichte wurden Waffenstillstandsvereinbarungen in Kriegen häufig bereits begonnen, als noch Kämpfe im Gange waren.“

Hedwig Sauer-Gürth vom Friedensbündnis Mannheim beendete nach einem Grußwort der Bundestagsabgeordneten Gökyak Akbulut (DIE LINKE) die Kundgebung, die musikalisch von ewo² mit Bernd Köhler (Gitarre und Gesang) und Joachim Romeis (Geige) in beeindruckender Weise unterstützt wurde.

In dem von der ISO Rhein-Neckar verteilten Flugblatt war zu lesen: „Um den Krieg beenden zu können, bedarf es einer starken Antikriegsbewegung hierzulande und international. Dadurch können wir den politischen und sozialen Druck erzeugen der die Bundesregierung von ihrem militaristischen Kurs abbringt.“

Der Mannheimer Ostermarsch zeigte, dass sich die Ziele der vielfältigen Friedensbewegung klären und der Konsens fester und breiter werden kann. ■



Ostermarsch in Mannheim, 8. April 2023.

Foto: Avanti².

Gewerkschaftliche Solidarität

Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften verstärken

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Wir dokumentieren im Folgenden den gesamten Text und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten nach Polen oder in andere westeuropäische Länder. Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist jedoch darauf angewiesen, entweder vor Ort auszukommen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten.

Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zu der Bevölkerung im Osten aufrecht halten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten:

Während das Arbeitsrecht aus der Sowjetzeit in der Russischen Föderation schon längst dem Neoliberalismus im Interesse des Profits zum Opfer gefallen ist, entsprechen diese Gesetze in der Ukraine zum Teil noch denen aus der Sowjetunion. Gerade in Zeiten des Krieges, wo die Regierung die Devise des „Zusammenrückens“ ausruft und die Bevölkerung meint, sie müsse dieser Aufforderung folgen, um die nationale Souveränität zu erhalten, sind Rechte der Beschäftigten den Unternehmern ein Dorn im Auge; zusammen mit ausländischen Berater:innen, wie sie u. a. Boris Johnson in das Arbeitsministerium in Kiew geschickt hat, treiben sie den Staat dazu, diese Rechte abzubauen. Gegen diesen Abbau der Rechte der Arbeitenden versuchen sich die Gewerkschaften zusammen mit fortschrittlichen Kräften zu stemmen.

Während die Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Verkehr und Gesundheit, spielen, werden sie gezwungen, sich gegen die eigene Regierung zu stellen und sich gegen den Abbau der Rechte in den Betrieben zu wehren. Bei dem Kampf gegen den Abbau von Rechten der abhängig Beschäftigten muss sich die internationale Öffentlichkeit mit den ukrainischen Gewerkschaften solidarisch zeigen. Bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen können die internationale Öffentlichkeit, Gewerkschafter:innen und Initiativen Solidarität durch humanitäre Hilfe leisten.

Unser Aufruf wurde im ersten Monat sofort von 75 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet, und es wurden circa 8.000 Euro gespendet! Die Spenden wurden nun in zwei ersten Raten an die beiden Gewerkschaften in der Ukraine geschickt, mit denen wir im engen Kontakt stehen:

Die Eisenbahner:innen-Gewerkschaft hat mit einer entsprechenden Geldspende einerseits einen Generator für umgesiedelte Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits warme Kleidung und Schlafsäcke besorgen können. Für die Gewerkschaft des Gesundheitspersonals in Krywyj Rih wurden speziell benötigte Medikamente, vor allem Schmerzmedikamente, für die Städtische Klinik in Krywyj Rih gekauft und dorthin verschickt. Diese wenn auch nur kleine Geste der Solidarität wurde sehr begrüßt.

Wir rufen zur weiteren Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf."

Unterzeichner:innen:

Wolfgang Alles, Mannheim, IGM; Brigitte Basler, Hamburg, IGM; Daniel Behruzi, Darmstadt, ver.di; Torsten Bewernitz, Mannheim, ver.di; Violetta Bock, Kassel, ver.di; Christiaan Boissevain, München, IGM; Udo Bonn, Düsseldorf, IGM; Helmut Born, Düsseldorf, ver.di; Slave Cubela, Frankfurt/M., Gewerkschaftssekretär; Lawrence Dlangamandla, Düsseldorf, ver.di; Klaus Drechsel, Berlin, ver.di; Johanna Erdmann, Berlin, ver.di; Rolf Euler, Recklinghausen, IGBCE; Hinrich Feddersen, Hamburg, ver.di; Wolfgang Feikert, Karlsruhe, ver.di; Udo Filthaut, Oberhausen, ver.di; Nina Geier, Hamburg, ver.di; Jochen Gester, Berlin, IGM; Thies Gleiss, Köln, IGM; Romina Gonzalez, Hamburg, ver.di; Christian Haasen, Hamburg, ver.di; Norbert Hackbusch, Hamburg, ver.di; Christine Harff, Hamburg, ver.di; Ole Heide, Darmstadt, ver.di; Michael Heldt, Kassel, IGBCE; Martina Helmerich, Frankfurt/M., IGM; Walter Hoff, Telgte, IGM; Axel Hopfmann, Hamburg, ver.di; Stefan Jungblut, Hamburg, GEW; Anke Kleinemeier, Hamburg, ver.di; Anton Kobel, Mannheim/Heidelberg, ver.di; Matthias Königer, München, GEW; Ernst Krefft, Hamburg, ver.di; Wolfgang Kremer, Köln, ver.di; Daniel Kreutz, Köln, ver.di; Uwe Krug, Berlin, GDL; Stephan Krull, Hamburg, IGM; Labournet Germany; Constanze Lindemann, Berlin, ver.di; Klaus-Peter Löwen, Stuttgart, IGM; Hartmut Meyer, Berlin, IGM; Tobias Michel, Oberhausen, ver.di; Klaus Murawski, Berlin, IGM; Hermann Nehls, Berlin, IGM; Claudia Nest, Hamburg, ver.di; Gudrun Nolte, Hamburg, ver.di; Hartmut Obens, Hamburg, ver.di; Werner Ott, Stuttgart, GEW; Günter Pabst, Schwalbach, ver.di; Michael Petersen, Hamburg, IGBCE; Kirsten Rautenstrauch, Hamburg, ver.di; Thomas Rensing, Duisburg, ver.di; Jan Rübke, Hamburg, IGM; Jakob Schäfer, Wiesbaden, IGM; Michael Schilwa, Berlin, ver.di; Philipp Schmid, Zürich, VPOD; Helmut Schmitt, Heppenheim, IGBCE; Peter Schrott, Berlin, ver.di; Katharina Schwabedissen, Borchum, ver.di; Dirk Schwarzer, Hamburg, IGM; Frank Schwarzer, Bielefeld, ver.di; Jürgen Senge, Düsseldorf, ver.di; Uwe Sietas, Hamburg, IGM; Anne Sprenger, Düsseldorf, ver.di; Petra Stanius, Oberhausen, ver.di; Frank Steger, Berlin, ver.di; Paul Stern, Wien, ver.di; Lars Stubbe, Hamburg, ver.di; Nadja Thiessen, Darmstadt, ver.di; Günter Triebe, Berlin, IGM; Christoph Wälz, Berlin, GEW; Patrick Walkowiak, Hamburg, ver.di; Ralph Wiechert, Düsseldorf, ver.di; Eva-Maria Zimmermann, Köln, GEW; Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf, ver.di. ■

Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!

Durchsuchungen, Verhöre, illegale Verhaftungen ... Zur aktuellen Situation ukrainischer Gewerkschaften

O. K.

Unter dem Deckmantel des Krieges führen die ukrainischen Behörden eine gezielte Offensive gegen den Ukrainischen Gewerkschaftsbund FPU durch. Das ukrainische Parlament hat die Regierung ermächtigt, Gewerkschaftsimmobilien im Wert von wahrscheinlich mehreren Milliarden Dollar zu beschlagnahmen.

Der Gesetzentwurf, der am 4. November 2022 gebilligt wurde, kam zu dem Zeitpunkt, an dem die ukrainische Regierung begonnen hatte, den rechtlichen Schutz von Arbeitsverträgen auszuhebeln und die Gewerkschaftsrechte durch ein neues allgemeines Arbeitsgesetz massiv zu beschneiden.

Gezielte Schwächung von Gewerkschaften

Die FPU lehnte diesen Gesetzesentwurf ab und betonte, dass dadurch die Rolle der Gewerkschaften in der Arbeitswelt entscheidend geschwächt werde.

Die ukrainische Regierung will offenbar mit der Beschlagnahme des Eigentums der FPU, die finanzielle Basis des Gewerkschaftsbundes untergraben. Die Einkünfte aus der Vermietung der Gewerkschaftsgebäude machen einen erheblichen Teil der Finanzen des Verbandes aus.

Vor kurzem haben die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen in der Ukraine einen weiteren Höhepunkt erreicht. Es wurden Strafverfahren gegen Gewerkschaftshauptamtliche eingeleitet und Durchsuchungen nicht nur in ihren Büros, sondern auch in ihren Wohnungen durchgeführt.

Persönliche Mobiltelefone und Computerausrüstung wurden ohne Durchsuchungsbefehl beschlagnahmt. Diese Maßnahmen werden in einer Erklärung der FPU als „absolut inakzeptabel“ für einen Staat bezeichnet, der sich offiziell zu demokratischen Werten bekennt.

„Untersuchungshaft“ für Gewerkschaftsvorstand

Der stellvertretende FPU-Vorsitzende Volodymyr Sayenko, zuständig für das Eigentum des Gewerkschaftsbundes, wird seit mehreren Monaten in „Untersuchungshaft“ gehalten.

Eine Freilassung wurde ihm nur bei Zahlung einer unverhältnismäßig hohen Kautions von 124 Millionen ukrainischen Hrywnja (UAH) in Aussicht gestellt. Zum Vergleich: Ein monatliches Durchschnittsgehalt beträgt 10.000 UAH.

Sayenkos Berufungsverfahren wird nicht behandelt. Immer wieder werden „technische“ Gründe für die Verschiebung von Anhörungen vorgeschoben.

Aus diesem Grund kontaktierte die FPU-Arbeitsgruppe die staatlichen Behörden und den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit der Eigentumsfrage der FPU befasst.

Die FPU bekräftigte, dass der Gewerkschaftsbund der Ukraine 1992 sein Eigentum rechtmäßig erworben habe. Dies werde auch durch staatlich anerkannte Eigentumsurkunden belegt. Dennoch

haben die Behörden ein Strafverfahren wegen des angeblichen illegalen Erwerbs von Immobilien durch die Gewerkschaften eingeleitet.

Immobilienpekulanten im Hintergrund?

Die FPU hat ihren Rechtsstandpunkt zu dieser Frage öffentlich dargelegt und entsprechende Appelle an das ukrainische Parlament, die Werchowyna Rada, an das Ministerkabinett der Ukraine und an den Präsidenten der Ukraine gerichtet. Darauf gab es jedoch lediglich nichtssagende formale Antworten.

Der Gewerkschaftsbund gibt aber nicht auf. Er hat erneut das Ministerkabinett und den Präsidenten schriftlich aufgefordert, die Situation objektiv zu prüfen und nicht zuzulassen, dass besitzgierige Abgeordnete die ukrainischen Gewerkschaften zerstören.

Der Ukrainische Gewerkschaftsbund hat auch den Europäischen und den Internationalen Gewerkschaftsbund über die staatliche Bedrohung der eigenen Organisation informiert. ■

Russischer Besatzungskult um ukrainischen GPU-Killer

„In einigen Fällen gingen die Invasoren über eine Resowjetisierung hinaus und kreierten sowjetisierende Straßennamen, die es zu sowjetischer Zeit nicht gegeben hatte. In Melitopol' etwa soll nach ihrem Willen die nach dem ukrainischen Nationalideologen Dmytro Doncov (1883-1973) benannte Straße jetzt den Namen Sudoplatov-Straße tragen. Der ebenfalls aus Melitopol' stammende Pavel Sudoplatov (1907-1996) arbeitete seit Ende der 1920er Jahre für den sowjetischen Geheimdienst OGPU, und war dort ab der zweiten Hälfte der 1930er Jahre für die Organisation der Ermordung von „Gegnern“ im Ausland tätig, etwa des ukrainischen Politikers Evhen Konowalec in Rotterdam 1938 und Lev Trockijs in Mexiko 1940. Nach dem Tod Stalins und dem Sturz Berijas wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, 1992 rehabilitiert. Mittlerweile haben die Besatzungsbehörden in Melitopol' ein Denkmal für diesen „Ehrenbürger“ der Stadt errichtet und ein Freiwilligenbataillon nach ihm benannt.“

(Mykola Homnyuk, „Reich, Union, Rossija, Die Symbolpolitik der Besatzer in der Ukraine“, in: Osteuropa 12/2022, <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2022/12/reich-union-rossija/>.) ■

„Solidarität statt Preistreiberei!“ Rückgang der Teuerung?

E. B.

Am 4. April 2023 fand erneut eine Kundgebung des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ auf dem Mannheimer Paradeplatz statt. In drei Redebeiträgen wurde neben der Solidarität mit den Warnstreiks in Deutschland und den gewerkschaftlichen Massenprotesten in Frankreich die anhaltende Teuerung, die Gewinnexplosion und die Mobilisierung für den Ostermarsch am 8. April angesprochen.

Vor allem die Miete ist den Ausführungen bei der Protestaktion zufolge ein enormer Preistreiber.

16 Prozent der Haushalte in Deutschland geben den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge für das Jahr 2022 einen Großteil ihres Einkommens für Miete aus. Wer einen Vertrag nach 2019 abgeschlossen hat, zahle meist deutlich mehr.

Mieten kaum bezahlbar

Mindestens 40 Prozent des Einkommens, so die Wiesbadener Behörde, geht bei 3,1 Millionen Haushalten für die Miete drauf. Im Schnitt belief sich die Mietbelastung für alle Mieterinnen und Mieter nach offiziellen Angaben im vergangenen Jahr auf 27,8 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens.

Ein weiterer großer Preistreiber sind Lebensmittel. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes steigen die Preise bei Nahrungsmitteln weiterhin stark an. Im Februar 2023 sind die Lebensmittelpreise (plus 21,8 %) sogar stärker als die Energiepreise (plus 19,1 %) gestiegen.

Die Teuerung bei Mieten, bei Lebensmitteln und Energie treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Das sei, so ein Sprecher des Aktionsbündnisses, ein nicht hinnehmbarer Skandal, zumal die Reichen immer mehr Vermögen und Konzerne immer mehr Gewinne anhäufen könnten.

Gewinnexplosion bei Konzernen

Die hundert umsatzstärksten Konzerne in Deutschland haben ihren Umsatz in den ersten 9 Monaten von 2022 um 30 Prozent gesteigert.

Die 99 umsatzstärksten Unternehmen (ohne Uniper) erzielten gleichzeitig in Deutschland mit 145 Milliarden Euro Rekordgewinne, ein Plus von 22 Prozent zum Vorjahr.

Insgesamt wurde im selben Zeitraum ein Rekordniveau von 1,8 Billionen Euro an offiziell von Firmen ausgewiesenen Profiten erreicht.

Als besonders robust erweisen sich die Geschäfte der deutschen Autoindustrie.

Autofirmen besonders profitabel

Volkswagen konnte nicht nur mit dem Börsengang der Tochtergesellschaft Porsche gut 19 Milliarden Euro einnehmen. Auch im operativen Geschäft wurden Gewinne in Höhe von 17 Milliarden Euro erzielt (plus 23 Prozent). Mercedes folgt auf Platz zwei mit 15 Milliarden Euro (plus 26 Prozent).

Auf Platz drei konnte sich die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd

vorschieben, die angesichts zeitweise rekordhoher Frachtraten die Profite auf gut 14 Milliarden Euro mehr als verdoppeln konnte.

Leichte Gewinnzuwächse auf 12 Milliarden Euro erzielte die Telekom. Der Mainzer Impfstoffhersteller BioNTech auf Platz sechs, kommt mit gut 9 Milliarden Euro Profit weiterhin auf eine ausgesprochen hohe Gewinnmarge von 72 Prozent, der höchste Wert unter den 100 umsatzstärksten Unternehmen. Auf mehr als 50 Prozent kommt sonst nur noch Hapag-Lloyd mit 53 Prozent.

Asoziale Verhältnisse

Diese Gewinnexplosion bei Unternehmen ist Ausdruck der asozialen Verhältnisse im deutschen Kapitalismus und gleichzeitig ein riesiger Preistreiber. Sie wird flankiert und gerechtfertigt durch eine spalterische Regierungs-Politik, die sich den Interessen von Superreichen und Konzernen verpflichtet sieht.

Am Dienstag, den 9. Mai 2023, findet um 18 Uhr die nächste Kundgebung gegen Teuerung auf dem Mannheimer Paradeplatz statt.

In dem Aufruf des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ heißt es: „Es ist höchste Zeit, das Übel an der Wurzel zu packen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. ■

Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“
<https://www.instagram.com/solistattpreistreiberei/>



Kundgebung gegen Teuerung in Mannheim, 4. April 2023.

Foto: Avanti?

Tarifeinigung Öffentlicher Dienst Da wäre mehr möglich gewesen

HELMUT BORN

Am Abend des 22. April 2023 einigten sich die Tarifparteien im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen darauf, die Empfehlung der beiden Vorsitzenden der Schlichtungskommission vom 15. April 2023 anzunehmen.

Diese Empfehlung sieht folgende Regelungen vor:

- Eine Sonderzahlung, der „Inflationsausgleich“ der Bundesregierung von 3.000 € steuer- und sozialversicherungsfrei, wird verteilt auf einen Zeitraum von 14 Monaten für alle Vollzeitbeschäftigten, für Teilzeitbeschäftigte anteilig; Auszahlung von 1.240 € im Juni 2023, danach bis Februar 2024 je 220 € monatlich.
- Für Auszubildende, Studierende und Praktikant:innen gibt es jeweils die Hälfte, also 620 € im Juni und ab Juli 2023 bis Februar 2024 je 110 €.
- Ab März 2024 eine Erhöhung aller Tarifgruppen um 200 € plus eine Erhöhung um 5,5 %, wobei es eine Mindestserhöhung von 340 € gibt; je nach Tarifgruppe bedeutet das eine Erhöhung von 340 bis zu 680 €.

Mit diesem Ergebnis haben die beiden Tarifparteien die Empfehlung der beiden Schlichtungskommissionvorsitzenden übernommen. Vor allem die Gewerkschaftsführung wollte weder eine Urabstimmung noch einen danach folgenden Streik riskieren, zumal die Schlichtungs-Empfehlung in der Hauptsache auf den von ihr benannten Vertreter in der Kommission zurückzuführen war.

Kein Interesse an Eskalation

Bund und Kommunen hatten offenbar auch kein Interesse weiter zu eskalieren, da die bisherigen Warnstreiks für deutsche Verhältnisse enorme Ausmaße hatten.

Trotzdem sind nach der Einigung die Beschwerden, vor allem aus den Kommunen, kaum zu überhören. Es sei der teuerste Abschluss in der Geschichte der Bundesrepublik und würde 17 Milliarden Euro kosten.

Hingegen zeigte sich der Vorsitzende von ver.di, Frank Werneke, zufrieden mit der Einigung, auch wenn die 24 Monate lange Laufzeit laut Tarifforderung hätte verhindert werden müssen.

Werneke betonte in der am 23. April durchgeführten gewerkschaftlichen Online-Veranstaltung mit zahlreichen Streikhelfer:innen, dass Verschlechterungen für die Beschäftigten in den Krankenhäusern und bei den Stadt-Sparkassen hätten abgewehrt werden können. Allerdings konnte eine Verlängerung der Altersteilzeit-Regelung nicht erreicht werden.

Im Vorfeld der Verhandlungen am 22. April hatte es nicht nur viel Kritik an der Schlichtungs-Empfehlung gegeben, sondern es wurde häufig auch deren Ablehnung gefordert. Diese Kritik kam von Gewerkschaftslinken wie von Vertrauensleuten aus verschiedenen Bereichen. Sie monierten sowohl die lange Laufzeit als auch die für 14 Monate ausgesetzte tabellenwirkende Erhöhung der Einkommen.

Nein zu weiterem Reallohnverlust

In der Tat ist in dem Ergebnis kaum die gewerkschaftliche Forderung wiederzuerkennen. Diese hat 10,5 % mindestens aber 500 € mehr bei einer 12-monatigen Laufzeit betragen.

Es gibt Unterschiede zu dem Abschluss bei der Post: Der steuer- und sozialversicherungsfreie Betrag von 3.000 € wird in 14 statt in 15 Monaten ausgezahlt und die Erhöhung im 2. Jahr beträgt bis zu 680 € und kommt um einen Monat früher. Es ist Fakt, dass im Öffentlichen Dienst trotz der nicht ausreichend finanzierten Kommunen ein weniger schlechtes Ergebnis erzielt wurde als bei der hochprofitablen Deutschen Post AG.

Das Ergebnis der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist dennoch nicht zufriedenstellend, denn es bedeutet einen deutlichen Reallohnverlust. Nach Meinung des Tarifexperten Rainer Bispink können zwar die erwarteten Preissteigerungen in diesem und im nächsten Jahr ausgeglichen werden, aber nicht die Lohnverluste vom letzten Jahr. Laut Marcel Fratzscher, Präsident des größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstituts, werden „die Löhne im öffentlichen Dienst am Ende der Laufzeit zirka sechs Prozent weniger Kaufkraft haben“.

Für das Mitgliedervotum zum Tarifiergebnis sollten deshalb die Kolleg:innen, die bis Mitte Mai ihr Votum dazu abgeben können, mit Nein stimmen.

Gewerkschaften die bereit und in der Lage sind, sich konsequent mit Regierung und Kapital anzulegen, könnten durchaus Ergebnisse erzielen, die wenigstens die Einkommen der Beschäftigten sichern. Dafür lohnt sich unser aller Einsatz. ■



Warnstreik von ver.di Mannheim, 15. März 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

Frankreich Bevölkerungsmehrheit für Fortsetzung der Renten-Proteste

BERNARD SCHMID

Am 14. April 2023 hatte das französische Verfassungsgericht die „Rentenreform“ von Staatspräsident Macron und seiner Regierung nicht nur gebilligt, sondern in einigen Punkten sogar noch weiter verschärft.

Das neue Renteneintrittsalter soll künftig bei 64 statt 62 Jahren liegen. Fast alle Sonderrentensysteme – etwa für Angestellte des Stromkonzerns EDF oder der Pariser Verkehrsbetriebe – sollen entfallen. Die für den Renteneintritt erforderlichen 43 Beitragsjahre sollen schneller kommen, und für nur noch 1,5 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher von Niedrigrenten sollen die Alterseinkünfte aufgestockt werden.

Es wird auch keinen Medizincheck mit 60 für alle geben, die in Risikoberufen arbeiten, keinen Umschulungsfonds für diese Menschen, keinen Seniorenindex, mit dem Betriebe mitteilen müssen, wie viele Ältere bei ihnen arbeiten und keinen unbefristeten Arbeitsvertrag mit weniger Sozialabgaben für diese Beschäftigtengruppe.

Macrons TV-Ansprache

Am 17. April sprach Staatspräsident Macron im französischen Fernsehen, um einen „Schlusspunkt“ unter das Thema Renten setzen zu können.

Die „verfassungskonforme Rentenreform“ sei notwendig gewesen, so Macron, um die Sozialversicherungssysteme vor dem angeblich drohenden „Ruin“ zu retten. Nun werde man das Blatt wenden, fügte er hinzu. In den nächsten 100 Tagen seien die Gewerkschaften zur Mitarbeit aufgefordert. Es gelte nun, Weichen zu stellen: für bessere Schulen, bessere Arbeit und mehr Umweltschutz, aber auch für mehr „Sicherheit“ und mehr Migrationskontrolle. Zudem solle die katastrophale Situation der kaputtgesparten Krankenhäuser und insbesondere ihrer Notaufnahmen bis „Ende 2024“ beendet werden.

In den Umfragen nach Macrons Ansprache erklärten 90 Prozent der Befragten, seine Ausführungen würden die Lage nicht befrieden. 64 Prozent antworteten, dass sie ausdrücklich eine Fortsetzung der gewerkschaftlichen Proteste wünschen.

Zeitgleich zu Macrons TV-Rede kam es im ganzen Land zu spontanen Demonstra-

tionen und Versammlungen, bei denen lärmend auf Töpfe geschlagen wurde. In Paris versammelten sich zum Beispiel zunächst bis zu 2.000 Menschen auf dem Vorplatz des zentralen Rathauses der Stadt, zogen dann aber weiter vor das im nördlichen Stadtzentrum gelegene Rathaus des 10. Stadtbezirks und besetzten dort die Straße. Später kesselte die Polizei die Protestierenden vorübergehend ein. Zudem fanden in der Hauptstadt noch mehrere kleinere Spontandemonstrationen im Laufe des Abends statt.

Demoverbote vor dem 1. Mai

Trotz Demoverbots protestierten auch in Marseille viele Menschen lautstark am Alten Hafen. Ebenfalls wurde in Nantes, Rennes und anderen Städten demonstriert. Überall verkündeten die Teilnehmenden, dass sie Macron nicht zuhören wollten, weil man ohnehin nichts Gutes von ihm erwarten könne. An den Folgetagen gab es zahlreiche weitere Proteste.

Die französischen Gewerkschaften werden den 1. Mai 2023 gemeinsam mit Demon-

strationen begehen. Das ist insofern historisch, als es dies in Frankreich – dem Land der politischen Richtungsgewerkschaften – erst zum dritten Mal in einhundert Jahren gibt. Das erste Mal geschah dies 1936, im Jahr des Generalstreiks, aber auch des Wahlsiegs des Linksbündnisses Front populaire – der „Volksfront“. Zum zweiten Mal fand ein gemeinsamer 1. Mai im Jahr 2002 statt, als Reaktion auf den Einzug des Faschisten Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl der damaligen französischen Präsidentschaftswahl.

Auch die an der Spitze rechtssozialdemokratisch geprägte CFDT, derzeit im Landesdurchschnitt stimmenstärkster Gewerkschaftsverband bei betrieblichen Wahlen, kann aus der aktuellen gewerkschaftlichen Einheitsfront bislang nicht ausscheren. Ihre Führung wäre durchaus zum „Kompromiss“ gewillt. Sie bleibt jedoch an einen Beschluss des CFDT-Kongresses vom Juni 2022 gebunden, mit dem eine Anhebung des Rentenalters – gegen den Willen des CFDT-Vorstands – ausdrücklich abgelehnt wurde.

Es bleibt also spannend in Frankreich. ■



Protest in Paris gegen Macrons TV-Ansprache, 17. April 2023.

Foto: Martin Noda / Hans Lucas.

Linke Opposition im Deutschland der dreißiger Jahre*

HELMUT DAHMER

„Denn es ist ein unwiederbringliches Bild der Vergangenheit[,] das mit jeder Gegenwart zu verschwinden droht, die sich nicht als in ihm gemeint erkannte.“ (W. Benjamin¹.)

Sozialisten und Kommunisten des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts waren überzeugt, dass die kapitalistische Produktionsweise ihr Potential erschöpft habe.

Die wachsende Lohnarbeiterschaft, so hofften sie, werde eine Gesellschaft nicht länger tolerieren, in der Kriege und Krisen einander ablösen, ein Fünftel der Menschheit verelendet und die Destruktion von Menschen, Gütern und Natur sich als profitabler als deren Erhalt erweist.

Doch es ist anders gekommen. Antikapitalistische Revolutionen wurden niedergeschlagen oder scheiterten, und Reformen hatten nur im Rahmen der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse eine Chance.

Die Versuchung ist groß, sich von dieser schon allzu langen Geschichte der Niederlagen und des Scheiterns abzuwenden, sie zu vergessen und „es unbefangen noch einmal zu versuchen“. Doch solche Unbefangenheit wird sich rächen: Je weniger das Scheitern unserer Vorgänger verstanden wird, desto sicherer wird es sich wiederholen.

Komplizierte Spurensuche

Darum ist dies die Stunde der Historiker, die den Bedingungen der seltenen Triumphe und vielen Niederlagen der Arbeiterbewegung nachspüren. Zu ihnen gehört Wolfgang Alles. Er rekonstruierte 1978 in seiner „Pionierarbeit“ (so Hermann Weber in seinem 2010 geschriebenen Vorwort zur kürzlich erschienenen Neuauflage) anhand von Archivdokumenten und Interviews mit damals noch lebenden Zeitzeugen die komplizierte Geschichte der deutschen Anhängerinnen und Anhänger der – von Trotzki 1923 ins Leben gerufenen – sowjetischen Linken Opposition gegen die Stalinisierung von Partei, Staat und Wirtschaft.

In den Jahren 1928-1933 erarbeitete der von Stalin zuerst nach Alma Ata verbannte, dann in die Türkei auf die Insel Prinkipo abgeschobene Trotzki seine in viele Sprachen übersetzten Analysen des

sowjetischen „Thermidors“, des Versagens der III. Internationale, der Komintern, unter anderem in China (1926/27) und in Deutschland (1929-33). Damit gewann er Zehntausende von revolutionären Marxistinnen und Marxisten in aller Welt zunächst (1930) für die Gründung der Internationalen Linken Opposition (ILO) und ab 1933 für eine neue „Weltpartei der proletarischen Revolution“, die IV. Internationale.

Im Unterschied zu anderen, damals existierenden linkssozialistischen Gruppierungen besteht die „trotzkistische“ Internationale bis heute (ja, es gibt gegenwärtig sogar mehrere, miteinander konkurrierende internationale Organisationen, die sich auf Trotzki Konzept der internationalen Revolution und der revolutionären Organisation berufen).²

Kampf für Einheitsfront

Alles schildert nicht nur die Herausbildung der Linken Opposition der KPD (LO), sondern auch deren Verhältnis zu anderen linken (und rechten) kommunistischen Oppositionsgruppen in und neben der moskautreuen, stalinistischen KPD (Leninbund, KPO, SAP, „Rote Kämpfer“ ...). Er beschreibt detailliert die Versuche Trotzki und der ILO, mit Hilfe von ein paar Tausend entschlossenen Revolutionärinnen und Revolutionären den verhängnisvollen Kurs der Thälmann-KPD (gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD) rechtzeitig zu korrigieren und eine kampffähige Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen die paramilitärischen Kampfformationen der NSDAP zu bilden.³

Alles verfolgt die Schicksale der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) – und ihrer bedeutenden Zeitschrift *Unser Wort* (1933-1941) – im Untergrund des faschistischen Deutschlands und in den Zufluchtsländern der Emigranten. Er skizziert abschließend die Versuche, auch im geteilten Nachkriegsdeutschland die rätedemokratisch-internationalistische Tradition wiederzubeleben.

Die jetzt vorliegende Neuauflage seines Buches hat Alles nicht nur durch ein instruktives Nachwort (S. 289-299) erweitert, in dem er auch die seit 1978 zum Thema erschienenen Bücher und Artikel aufführt, sondern auch durch 37 biographische Porträts von LO- und IKD-Mitgliedern. Zudem gibt es ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 255-262), 6 Abbildungen und ein Personenregister.



Ausschnitt aus Diego Riveras Fresko „Der Mensch am Scheideweg“. Foto: Privat.

* Wolfgang Alles (1978, 1987), *Für Einheitsfront gegen Faschismus*, Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930 [3., erw. Aufl. von *Zur Geschichte und Politik der deutschen Trotzkisten ab 1930*], Köln (Neuer ISP-Verlag) 2022.

¹ Benjamin, Walter ([1940] 1942), „Über den Begriff der Geschichte“, (Hg. von Gérard Raulet), *Werke und Nachlaß, Kritische Gesamtausgabe*, Band 19, Berlin (Suhrkamp) 2010, S. 32.

² Bensaïd, Daniel (2002), *Was ist Trotzkismus?* [*Les trotskysmes*], Köln (Neuer ISP-Verlag) 2004.

³ Vgl. dazu Trotzki (1929-40), *Schriften über Deutschland*, Bd. I und II, Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1971.

Seminar

„Sozialpartnerschaft oder Gegenmacht?“

H. S.

Das traditionelle Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar fand am 22. April 2023 in Mannheim statt. Es befasste sich mit der Frage, wie wir die Gewerkschaften stärken können. Es richtete sich an Aktive, die sich in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft engagieren.

Die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen kamen aus der GEW, der IGBCE, der IG Metall und aus ver.di. Sie konnten einen reichhaltigen Erfahrungsschatz in die Diskussionen einbringen.

Drei Themenschwerpunkte wurden jeweils durch Referate eingeleitet:

1. Welche Rolle spielten Gewerkschaften in der Geschichte?
2. Welche Rolle spielte und spielt die Strategie der „Sozialpartnerschaft“?
3. Was können wir zur Entwicklung einer aktiven und aktivierenden, einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik beitragen?

Der einführende geschichtliche Teil wurde durch einen kurzen Dokumentar-Film bereichert, der die oft wenig bekannten Entwicklungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung veranschaulichte. Unser Referent machte deutlich, wie sehr die Gründung der Gewerkschaften im 19. Jahrhundert auf der Erkenntnis der Stärke von gemeinsamer Klassenorganisation beruhte. Das konsequente Führen von Streiks bis hin zum Generalstreik, dem höchsten Ausdruck gewerkschaftlicher Solidarität, wurde denn auch zum Schlüssel für die Erfolge der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Kapital.

Anpassung ...

Der zweite Teil des Seminars befasste sich mit der Bedeutung der „Sozialpartnerschaft“ für den Fortbestand des Kapitalismus. Die Ausführungen zu dieser Frage spannten den Bogen von der Prä-

gung der BRD als „sozialer Marktwirtschaft“ mit einem sehr eingeschränkten Arbeits- und Streikrecht bis hin zu der zunehmenden „sozialpartnerschaftlichen“ Anpassung der Gewerkschaftsführungen an diese Rahmenbedingungen.

Diese Entwicklung ist geprägt durch die Verinnerlichung der Rolle einer bürokratischen gewerkschaftlichen Ordnungsmacht, die Konflikte mit dem Kapital in Form von Erzwingungsstreiks vermeidet und klassenkämpferische Kräfte kontrolliert.

... oder Widerstand

Im dritten Teil des Seminars ging es darum, wie Gewerkschaften als handlungsfähige Kampforganisationen gestärkt werden können. Die Einleitung zu dieser Frage betonte die zentrale Bedeutung lebendiger innergewerkschaftlicher Strukturen an der betrieblichen Basis. Besonders wichtig sei der Aufbau von aktiven Vertrauensleutestrukturen, die von dem Selbstverständnis „Die Gewerkschaft sind wir“ geprägt werden.

In angeregten Diskussionen konnten die Themenschwerpunkte weiter vertieft und durch eigene persönliche Erfahrungen konkretisiert werden.

Es bestand Einigkeit darin, dass die enormen Bedrohungen der Gegenwart stärkere Gewerkschaften erfordern, die sich nicht der Illusion einer „Sozialpartnerschaft“ hingeben, sondern konsequent für die gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten kämpfen. ■

Ökosozialistische Konferenz 9. -11. Juni 2023

Klima, Klasse, Widerstand

Wir fragen:

- Wie geht es weiter mit der Klimagerechtigkeitsbewegung?
- Wie geht Energiesparen richtig?
- Wie muss die Energieversorgung von morgen aussehen?
- Wie kann die Konversion der Autoindustrie vorangebracht werden?

Wir vermitteln

- Marxistisches und ökologisches Grundwissen

Wir besprechen:

- Aktionsperspektiven – bei der IAA, in der Kommunalpolitik ...

Wo? In Köln, Naturfreundehaus Kalk



Ausstieg aus der Atomkraft?

H. N.

Am 15. April 2023 wurden endlich die letzten drei noch laufenden Atommeiler in Deutschland abgeschaltet.

Herrscht nun also endlich Ruhe an der nuklearen Front? Das ist keineswegs der Fall. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Die hierzulande bisher stillgelegten Atomkraftwerke (AKW) gehören alle der 1. oder 2. Generation dieser gefährlichen Technologie an.
- In Europa wird allen Kostenexplosionen zum Trotz munter an der Errichtung von AKW des Typs EPR (Europäischer Druckwasserreaktor – 3. Generation) weiter gewerkelt.
- In Frankreich findet mit milliarden-schwereren Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt seit 2009 der Bau des Prototyps einer „noch sicheren“ 4. Generation von Atomreaktoren auf Basis der Kernfusion (ITER) statt.
- Die „Endlagerung“ des über Jahrtausende strahlenden Atommülls ist ein ungelöstes und milliardenteures Problem.
- Das Lingener Werk für atomare Brenn-

elemente wird weiterbetrieben. Es soll künftig unter der Führung eines französisch-russischen (!) Konsortiums den atomaren Weltmarkt beliefern.

- Ganz zu schweigen von dem unlösbaren und ursächlichen Zusammenhang der „zivilen“ mit der militärischen Nutzung der Atomkraft, die für den deutschen Imperialismus eine strategische Option bleibt.

Die „Energiewende“ ist in Deutschland offensichtlich gescheitert. „Elektromobilität“ und „Digitalisierung“ beschleunigen die massive weitere Energievergeudung.

Nach wie vor fehlt eine gesamtgesellschaftliche, an dem Schutz von Menschen und Natur orientierte Planung der Energieerzeugung. Deshalb gibt es auch in diesem Bereich nur Stückwerk, das die weitere Durchsetzung der Profitinteressen von Konzernen erleichtert.

Diese systembedingte Sackgasse nutzt die Atomlobby zu fortgesetzter Propa-

ganda für die angeblich CO₂-freie Atomenergie.

Die unbestreitbaren und großartigen Erfolge der deutschen Anti-AKW-Bewegung müssen uns Ansporn für die weitere Bekämpfung aller Atom(alb)träume sein. ■



Demo für Atomstopp in Lingen, 15. April 2023.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Erregenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 1. Mai 2023, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus MA
- MO, 1. Mai 2023, 11:00 Uhr, DGB-Kundgebung Marktplatz MA
- DO, 04.05.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA*
- SAM, 06.05.2023, 12:00 Uhr, Kundgebung zum 8. Mai 1945, Schillerplatz MA
- SAM, 06.05.2023, 13:00 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO Rhein-Neckar nach Osthofen
- SO, 07.05.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MO, 08.05.2023, 18:00 Uhr, DGB-Film zum 2. Mai 1933, Archivum MA
- DI, 09.05.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Paradeplatz MA
- DO, 18.05.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 18.05.2023, 18:00 Uhr, Bündnis gegen Preistreiberei, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 25.05.2023, 19:00 Uhr, Viko #Solidarität in Zeiten der Krisen
- FR, 26.05.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SAM, 27.05.2023, 15:00 Uhr, Konzert von ewo², Hambacher Schloss NW

Vorschau

- FR, 09.06.2023, bis SO, 11.06.2023, Ökosozialistische Konferenz, Köln*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

